

SOPAINFO rente

20

Plündert „Schwarz-Rot“ die Rentenkasse?

Die Koalitionsverhandlungen zwischen Union und SPD sind noch nicht abgeschlossen. Doch erste Wasserstandsmeldungen sorgen bei der Wirtschaftslobby für helle Aufregung. Denn gegenwärtig sieht es so aus, als hätten sich die Unterhändler der Parteien darauf verständigt, den Rentenversicherungsbeitrag nicht von 18,9 auf 18,3 Prozent abzusenken. Hierdurch ergäbe sich ein zusätzliches Beitragsvolumen von etwa 6 Milliarden Euro jährlich. Dies könnte für Verbesserungen bei der Rente genutzt werden. Bei Arbeitgebern und konservativer Presse herrscht Entsetzen. „Schwarz-Rot‘ plündert die Rentenkasse, um Wahlgeschenke zu finanzieren“, heißt es.

Riesige Mehrheit für gute Rente

Unabhängig von Ihrer persönlichen Situation: Wie bewerten Sie die folgenden Aussagen?



Quelle: Beschäftigtenbefragung der IG Metall, 2013, gerundet



Doch nach den zahlreichen Rentensenkungen der letzten Jahre sind Verbesserungen bei der Rente das Gebot der Stunde. Hierbei handelt es sich nicht um ein „Plündern der Rentenkasse“. Um längst überfällige Leistungsverbesserungen finanzieren zu können, ist ein Verzicht auf die Beitragssatzsenkung dringend erforderlich.

Was von den möglichen Koalitionären zu erwarten ist, steht noch nicht fest. Gleichwohl deuten sich einige Kompromisslinien an. Im Folgenden werden einige Fakten zur rentenpolitischen Diskussion in den Koalitionsverhandlungen anhand der Forderungen der IG Metall dargestellt und erläutert.

Flexible Übergänge statt „Rente mit 67“

Für die IG Metall ist klar: In Zukunft muss wieder das vollendete 65. Lebensjahr der grundlegende Bezugspunkt für die Berechnung von Zu- und Abschlägen sein. Die Union ist hier nicht zu Zugeständnissen bereit. Im Wahlprogramm hatte die SPD die Anhebung des Renteneintrittsalters davon abhängig gemacht, dass mindestens 50 Prozent der 60- bis 65-Jährigen sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind. Offen ist, ob diese Forderung in den Koalitionsverhandlungen eine gewichtige Rolle spielt.

Die IG Metall fordert zudem flexible Wahlmöglichkeiten beim Übergang in den Ruhestand: Eine verbes-

serte Ausstattung und ein erleichterter Rentenzugang für Erwerbsgeminderte, die öffentliche Förderung gleitender Übergänge (neue Altersteilzeit) und ein abschlagsfreier Ausstieg für langjährig Versicherte sind Erwartungen an eine problemorientierte Rentenpolitik.

Diese Positionen der IG Metall finden in den Koalitionsverhandlungen ihren Niederschlag. Beispielsweise wird Reformbedarf bei der Erwerbsminderungsrente von allen Verhandlungspartnern anerkannt. Allerdings werden die verschiedenen Forderungen zum Teil konkurrierend diskutiert. Die Umsetzung aller Forderungen sei mit dem Beitragsvolumen von 0,6 Beitragssatzpunkten nicht finanzierbar, heißt es. Auch über Kompromisse, z.B. einen vorzeitigen, abschlagsfreien Ausstieg ab 63 Jahren zu ermöglichen, diesen aber an 45 Arbeitsjahre zu binden und sonstige rentenrechtliche Zeiten nicht zu berücksichtigen, wird nachgedacht.

Rentenniveau stabilisieren und ausbauen

Wer über den flexiblen Ausstieg redet, darf über das Rentenniveau nicht schweigen. Ein Großteil der Menschen kann sich einen vorzeitigen Ausstieg nicht leisten. Das Rentenniveau ist seit der Jahrtausendwende bereits um etwa vier Prozentpunkte gesunken und dürfte – wenn die Rentenformel nicht geändert wird – um ca. weitere fünf Prozentpunkte sinken. Die Folge: immer mehr Altersarmut. Den vorzeitigen Ausstieg können sich immer weniger Kolleginnen und Kollegen leisten.

Die IG Metall will daher das Rentenniveau stabilisieren und ausbauen. Zwar formuliert die SPD in den Verhandlungen, sie wolle das aktuelle Leistungsniveau erhalten. Sicher ist aber: Ohne eine Veränderung der Rentenformel wird das Rentenniveau (welches das Verhältnis zwischen Löhnen und Renten beschreibt) nicht gehalten werden können. Von einer Veränderung der Rentenformel ist in den Koalitionsverhandlungen aber nicht die Rede.

Mütterrente als Reformkiller?

Nicht nur, dass sich die Koalitionäre mit den notwendigen Reformmaßnahmen im Rentenrecht schwer tun, die Union will zugleich die Renten von Müttern für jedes vor 1992 geborene Kind um einen Rentenpunkt aufstocken. Insbesondere die CSU beharrt darauf, entsprechende Verbesserungen aus Beitragsmitteln zu finanzieren. Dies würde nahezu sämtliche finanzielle Handlungsspielräume für die anderen, notwendigen Maßnahmen zunichtemachen.

Zu Recht lehnt die SPD die Beitragsfinanzierung dieser Leistung ab. Die Förderung von Kindererziehung ist nicht durch Rentenbeiträge abgedeckt. Sie stellt eine gesamtgesellschaftliche Leistung dar, die aus Steuermitteln erfolgen muss.

Ausblick

Wesentliche Forderungen der IG Metall wären in der nächsten Legislaturperiode mit einem Beitragsvolumen von anfänglich 0,6 Beitragssatzpunkten finanzierbar. Da die Kosten in den Folgejahren aber ansteigen werden, ist der Verzicht auf die Beitragssenkung zwar richtig, aber halbherzig. Es ist notwendig, den Beitragssatz in kleinen Schritten (0,2 bis 0,3 Beitragssatzpunkte jährlich) bis zum Jahr 2025 anzuheben. Gleichzeitig können zusätzliche Beitragseinnahmen durch die Ausweitung des versicherten Personenkreises erzielt werden. Das Problem ist nicht, dass „Schwarz-Rot“ die Rentenkassen „plündert“. Das Problem ist, dass „Schwarz-Rot“ den Mut aufbringen muss, die Weichen für eine rentenpolitische Wende zu stellen. Blicke nur ein rentenpolitisches „Weiter-so“ mit einzelnen Verbesserungen übrig, wäre das zu wenig. Zu wenig für die heutigen Rentnerinnen und Rentner, aber auch zu wenig für die kommenden Generationen. Die Beschäftigtenbefragung der IG Metall zeigt deutlich, was die Metallerinnen und Metaller erwarten: Neben einer klaren Positionierung gegen die Absenkung des Rentenniveaus und die „Rente mit 67“ sprechen sich die Beschäftigten mit über 90 Prozent für flexible Ausstiegsmöglichkeiten am Ende des Erwerbslebens aus. Dafür wird sich die IG Metall weiter einsetzen.



„Nötig ist eine schnelle und mutige Rentenreform. Eine Einigung auf den kleinsten koalitionspolitischen Nenner wird den Problemen und den Erwartungen der Menschen nicht gerecht.“

Hans-Jürgen Urban,
geschäftsführendes
Vorstandsmitglied der
IG Metall

Impressum:

Herausgeber: IG Metall Vorstand,
Funktionsbereich Sozialpolitik,
60519 Frankfurt am Main

Verantwortlich: Hans-Jürgen Urban

Redaktion: Christoph Ehlscheid, Axel Gerntke,
Angelika Beier, Stefanie Janczyk

Gestaltung: Warenform

Das SOPOINFO kann direkt per Mail bezogen werden. Zur Aufnahme in den E-Mailverteiler bitte eine kurze Mail senden an:

agnes.stoffels@igmetall.de.
Abbestellung bitte ebenfalls per Mail an diese Adresse.

